ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Biehl, Kai

Article

Die Entwicklung der Beschäftigung in Österreich während der Finanz- und Wirtschaftskrise

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Biehl, Kai (2013) : Die Entwicklung der Beschäftigung in Österreich während der Finanz- und Wirtschaftskrise, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 39, Iss. 4, pp. 587-607

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332917

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Entwicklung der Beschäftigung in Österreich während der Finanz- und Wirtschaftskrise

Kai Biehl

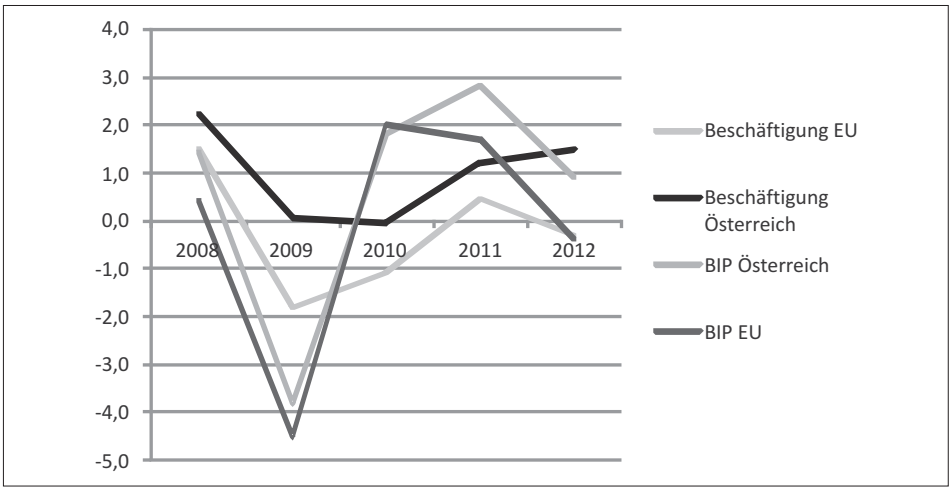
Obwohl die Finanz- und Wirtschaftskrise bereits im Jahr 2007 begann, zeigten sich die Auswirkungen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt (insbesondere bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung[1]) erst in den allerletzten Monaten des Jahres 2008 bzw. bei den meisten Beschäftigtengruppen überhaupt erst im Jahr 2009. Da das Gesamtjahr 2008 im Vorjahresvergleich noch von einer deutlichen Beschäftigungsausweitung gekennzeichnet war, kann man es aus Arbeitsmarktsicht noch als Vorkrisenjahr gelten lassen. In diesem Sinne soll hier die Beschäftigungsentwicklung bis 2012 gegenüber dem Stand vor der Krise näher untersucht werden.

Nachdem die Beschäftigtenzahl im Jahr 2009 zeitweise um mehr als 70.000 eingebrochen war, setzte bereits im März 2010 die Erholung ein und gewann bald an Dynamik. Damit gehörte Österreich zu den wenigen Ländern der EU, welche schnell aus der Krise herausfanden. In den Ländern der EU-27 insgesamt lag die Beschäftigtenzahl im Jahr 2012 um 5 Mio. niedriger als 2008, und die Arbeitslosenzahl hatte sogar um 8,5 Mio. auf über 25 Mio. zugenommen. Allein in den vier südeuropäischen Krisenländern (Griechenland, Italien, Spanien und Portugal) war die Beschäftigtenzahl um zusammen 4,8 Mio. gesunken und die Zahl der Arbeitslosen sogar um 5,5 Mio. gestiegen.[2]

Abbildung 1 zeigt die Konjunktur- und Beschäftigungsentwicklung im Verlauf der Krise für Österreich und die EU. Bei einer sehr ähnlichen konjunkturellen Entwicklung in den Jahren 2009 und 2010 kam es in der EU insgesamt zu deutlichen Arbeitsplatzverlusten, wohingegen die unselbstständige Gesamtbeschäftigung nach den Ergebnissen der EU-weiten Arbeitskräfteerhebung in Österreich stabil blieb. Bis 2012 waren dann sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Beschäftigungsentwicklung in Österreich erfreulicher.

Zu den Gründen dafür, dass Österreich diese schwere Krise relativ gut bewältigen konnte, zählt einerseits, dass die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zur Dämpfung des konjunkturellen Abschwungs durch die

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum und Entwicklung der Erwerbstätigenzahl (nach Labour-Force-Konzept) in Österreich und der Eurozone 2008 bis 2012



Quelle: Eurostat.

Einführung der Kurzarbeit noch verstärkt werden konnte, andererseits aber auch die Durchführung einer Reihe von diskretionären konjunkturbelebenden Maßnahmen.[3] Einen wichtigen Faktor stellt sicherlich auch die bereits zu Beginn der Krise erreichte, weitgehende Einigung der Sozialpartner dar, sowohl was die Notwendigkeit von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise als auch, was den Inhalt der Maßnahmen anbetrifft. Aber auch die in Österreich gegebene hohe Flexibilität der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit hat dazu geführt, dass der Rückgang der Beschäftigtenzahl deutlich geringer ausfiel als der Rückgang des Arbeitsvolumens. Die Reduktion der Durchschnittsarbeitszeit pro Person hielt auch nach dem weitestgehenden Auslaufen der Kurzarbeit weiter an.

1. Entwicklung der Beschäftigung

Im Jahr 2012 übertraf der Stand der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Jahresdurchschnitt das Vorkrisenniveau um 2,3% oder fast 77.000. Von diesem Zuwachs entfielen 55.000 auf Frauen (+3,5%) und 22.000 auf Männer (+1,2%; siehe Tabelle 1). Das reale BIP hingegen lag nur um 1,5% über dem Niveau des Jahres 2008. Das deutet darauf hin, dass die Wachstumsschwelle der Beschäftigung weiter gesunken ist. Walterskirchen et al. (WIFO-Weißbuch 2006) haben diese für den Zeitraum 1995-2000 auf 2,1% und für 2000-2005 noch auf 1,4% pro Jahr geschätzt.

In Verlauf der Krise scheint sie allerdings – zumindest zeitweise – noch weiter gesunken zu sein. Dabei spielt es sicher eine Rolle, dass Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion, wo die Arbeitsproduktivität rasch steigt, verlorengegangen sind, während viele der neuen Beschäftigungsmöglichkeiten eher in Branchen mit deutlich geringerem Produktivitätsfortschritt (Tourismus und Handel) entstanden sind. Aber die Entwicklung des Arbeitsvolumens zeigt, dass auch eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Köpfe stattfindet.

Kärnten hatte während des Jahres 2009 prozentuell gesehen die höchsten Arbeitsplatzverluste (–2,2%, –4.600 in absoluten Zahlen) und lag auch im Jahresdurchschnitt 2012 noch immer unter dem Vorkrisenniveau (–0,1%). In den übrigen Bundesländern war die Entwicklung günstiger. Am stärksten wuchs die Beschäftigung in Westösterreich, in Vorarlberg

Tabelle 1: Beschäftigungsentwicklung 2008 bis 2012 nach Geschlecht und Bundesland (in Tsd.)

Bundesland	2008			2012		
	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen	gesamt
Burgenland	49,1	42,2	91,3	50,9	45,6	96,5
Kärnten	111,1	96,3	207,4	109,2	97,9	207,1
Niederösterreich	317,1	255,3	572,4	318,4	261,8	580,1
Oberösterreich	336,4	264,7	601,2	339,4	276,7	616,0
Salzburg	124,5	110,4	234,9	127,4	115,6	242,9
Steiermark	255,6	214,9	470,5	259,0	222,0	481,0
Tirol	159,1	136,5	295,7	162,3	143,6	305,9
Vorarlberg	80,0	64,2	144,2	81,0	68,6	149,6
Wien	391,7	379,4	771,2	399,2	387,2	786,4
Österreich	1.824,7	1.563,9	3.388,6	1.846,5	1.618,9	3.465,5

Bundesland	Veränderung 2008–2012					
	absolut			prozentuell		
	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen	gesamt
Burgenland	1,8	3,3	5,2	3,7	7,9	5,6
Kärnten	–1,9	1,7	–0,3	–1,7	1,7	–0,1
Niederösterreich	1,3	6,5	7,8	0,4	2,6	1,4
Oberösterreich	2,9	11,9	14,8	0,9	4,5	2,5
Salzburg	2,8	5,2	8,0	2,3	4,7	3,4
Steiermark	3,3	7,2	10,5	1,3	3,3	2,2
Tirol	3,1	7,1	10,2	2,0	5,2	3,4
Vorarlberg	1,0	4,4	5,4	1,2	6,9	3,8
Wien	7,5	7,8	15,2	1,9	2,0	2,0
Österreich	21,8	55,0	76,8	1,2	3,5	2,3

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

Tabelle 2: Veränderung der Beschäftigung nach Geschlecht, Bundesland und Staatsangehörigkeit von 2008 bis 2012

Bundesland	Männer				Frauen			
	Inl.	in %	Ausl.	in %	Inl	in %	Ausl	in %
Burgenland	–1.265	–3,1	3.078	35,6	1.080	2,8	2.259	54,3
Kärnten	–3.691	–3,7	1.761	16,0	158	0,2	1.504	22,3
Niederösterreich	–7.122	–2,6	8.384	20,5	1.517	0,6	4.999	24,1
Oberösterreich	–3.906	–1,3	6.820	18,2	6.883	2,8	5.039	25,4
Salzburg	–779	–0,7	3.621	18,1	1.837	1,9	3.325	21,6
Steiermark	–3.770	–1,6	7.098	30,9	2.750	1,4	4.416	33,5
Tirol	–689	–0,5	3.824	15,1	3.599	3,1	3.463	17,5
Vorarlberg	–45	–0,1	1.039	5,9	3.024	5,7	1.402	13,0
Wien	–6.487	–2,1	13.953	17,8	–6.263	–2,0	14.022	22,0
Österreich	–27.754	–1,8	49.578	18,9	14.585	1,0	40.429	23,2

Bundesland	Männer und Frauen				Gesamt	
	Inl.	in %	Ausl.	in %		in %
Burgenland	–185	–0,2	5.337	41,7	5.152	5,6
Kärnten	–3.533	–1,9	3.265	18,4	–268	–0,1
Niederösterreich	–5.605	–1,1	13.383	21,7	7.778	1,4
Oberösterreich	2.977	0,5	11.859	20,7	14.836	2,5
Salzburg	1.058	0,5	6.946	19,7	8.004	3,4
Steiermark	–1.020	–0,2	11.514	31,8	10.494	2,2
Tirol	2.910	1,2	7.287	16,2	10.197	3,4
Vorarlberg	2.979	2,6	2.441	8,6	5.420	3,8
Wien	–12.750	–2,0	27.975	19,6	15.225	2,0
Österreich	–13.169	–0,4	90.007	20,6	76.838	2,3

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

+3,8%, in Tirol und Salzburg jeweils +3,4%, sowie im äußersten Osten, im Burgenland +5,6%. Die östlichen Bundesländer Niederösterreich (+1,4%) und Wien (+2,0%) hatten nach Kärnten die niedrigsten Zuwächse, die Steiermark (+2,2%) und Oberösterreich (+2,5%) lagen hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung um den österreichischen Durchschnitt.

Da die Frauenbeschäftigung mit 3,5% nahezu dreimal so stark wuchs wie die Männerbeschäftigung, waren die regionalen Wachstumsraten sehr stark davon geprägt, während die Zuwächse der Männerbeschäftigung neben dem geringeren Mittelwert auch eine geringere Streuung hatten. Das heißt, die Bundesländer mit den höchsten Zuwächsen bei der Frauenbeschäftigung hatten auch die höchsten Zuwächse bei der Beschäftigung insgesamt und umgekehrt. Sehr schwache Zuwächse bei der Männerbeschäftigung hatten Niederösterreich (0,4%) und Oberösterreich (0,9%) sowie insbesondere Kärnten, wo die Männerbeschäftigung mit

–1,7% im selben Maß abnahm, wie die Frauenbeschäftigung wuchs. In Wien, wo die Geschlechterproportion der Beschäftigung mit gut 49% Frauenanteil bereits fast ausgeglichen war, wuchsen Frauenbeschäftigung (+2,0%) und Männerbeschäftigung (+1,9%) fast gleich schnell.

Untergliedert nach Staatsangehörigkeit entfiel der Beschäftigungszuwachs zwischen 2008 und 2012 per Saldo zu mehr als 100% auf AusländerInnen (+90.000); die InländerInnenbeschäftigung insgesamt ging um gut 13.100 bzw. 0,4% zurück. Bei den Frauen gab es auch bei den Inländerinnen mit 14.600 (+1%) noch einen, wenn auch geringen Beschäftigungszuwachs, während die Beschäftigung von inländischen Männern um knapp 28.000 (–1,8%) zurückging.

2. Entwicklung des Arbeitsvolumens

Auch die Entwicklung des Arbeitsvolumens spricht dafür, das Jahr 2008 als Vorkrisenjahr zu sehen: Damals wurde mit gut 6 Mrd. Arbeitsstunden nach dem Inländerkonzept das bisher höchste Arbeitsvolumen der Unselbstständigen in Österreich erreicht.

Der Begriff des Arbeitsvolumens ist in Österreich bzw. für den österreichischen Arbeitsmarkt nicht eindeutig: Es gibt das Arbeitsvolumen nach dem Inlandskonzept und das nach dem Inländerkonzept. Das Arbeitsvolumen nach dem Inlandskonzept misst die Gesamtsumme aller Arbeitsstunden, welche in gebietsansässigen Betrieben geleistet werden, unabhängig vom Wohnort der Personen, welche diese Arbeitsstunden erbringen. Diese Zahlen werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendet und sind Grundlage für eine Reihe von Kennziffern wie z. B. die Produktivität. Sie repräsentieren gewissermaßen aber auch die wirtschaftliche Aktivität im Inland.

Das Arbeitsvolumen nach dem Inländerkonzept misst die Gesamtsumme aller Arbeitsstunden, welche von in Österreich wohnhaften Personen geleistet werden, unabhängig davon, in welchem Land sich der Arbeitsort befindet. Hier wird die wirtschaftliche Aktivität der gebietsansässigen Bevölkerung erfasst.

Der hier wesentliche Unterschied ist, dass das Arbeitsvolumen im Mikrozensus die Arbeitsstunden aller Auspendler, nicht aber die der Einpendler enthält. In der VGR ist es genau umgekehrt: Hier werden die Arbeitsstunden aller Einpendler mitgezählt, aber nicht die der Personen, welche im Ausland arbeiten. Darüber hinaus gibt es noch einige Unterschiede hinsichtlich der Einbeziehung bestimmter Personengruppen bei den Erwerbstätigen sowie der verwendeten Datenquellen. Darauf soll aber nicht näher eingegangen werden.[4] Während der Mikrozensus die Ergebnisse der Haushaltsbefragungen hochrechnet, greift die VGR in sehr viel stärke-

rem Maß auf die Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger zurück.

Aufgrund der unterschiedlichen Konzepte und der unterschiedlichen Abgrenzung verschiedener Gruppen von Erwerbstätigen sind Abweichungen der Arbeitsvolumina jedenfalls zu erwarten. Der Unterschied zwischen diesen beiden Zahlenreihen ist allerdings weder in seiner Richtung noch in der Entwicklung im Zeitverlauf so ohne Weiteres erklärbar. Es gibt in Österreich nach den verwendeten Datenquellen deutlich mehr Einpendler als Auspendler, daher würde man erwarten, dass das Arbeitsvolumen laut VGR höher ausfällt. Tatsächlich ist aber das Arbeitsvolumen im Mikrozensus um einige Hundert Millionen Stunden höher. Bei der wachsenden Zahl der Einpendler und einer sehr stabilen Zahl von Auspendlern ist es auch eher erstaunlich, dass der Niveauunterschied im Beobachtungszeitraum zurückgegangen ist; von 334 Mio. auf 180 Mio. Arbeitsstunden.

Ein möglicher Erklärungsansatz wäre die unterschiedliche Wahrnehmungsrichtung auf die Arbeitsleistung. Aus Unternehmenssicht ist die zu bezahlende Nettoarbeitsleistung die relevante Größe. Aus der Sicht von ArbeitnehmerInnen verschiebt sich die Perspektive zumindest teilweise in Richtung eines Bruttozeitaufwandes für die Arbeit, auch wenn manches davon vielleicht nur teilweise oder gar nicht abgegolten wird. Die Wege zum und vom Arbeitsplatz sollen zwar auch im Mikrozensus nicht eingerechnet werden, aber bezüglich der Wege zwischen verschiedenen Einsatzorten kann es unterschiedliche Wahrnehmungen geben. Außerdem gibt es in vielen Branchen inzwischen eine Reihe von nicht bezahlten Anwesenheitszeiten, welche naturgemäß unterschiedlich wahrgenommen werden.

Jedenfalls kam es nach dem Mikrozensus im Jahr 2009 zu einem Einbruch des Arbeitsvolumens der Unselbstständigen um fast 300 Mio. Arbeitsstunden. Danach erfolgte ein sehr langsamer Wiederanstieg. Aber im Jahr 2012 lag das Arbeitsvolumen der Unselbstständigen noch immer um 185 Mio. unter dem Wert von 2008.

Nach der VGR fiel der Rückgang des Arbeitsvolumens der Unselbstständigen 2009 mit gut 200 Mio. Stunden deutlich geringer aus, und der nachfolgende Anstieg führte dazu, dass der Wert von 2008 bis auf 32 Mio. Stunden fast wieder erreicht wurde. Das korrespondiert mit der Beobachtung, dass der Beschäftigungsanstieg mehr und mehr von Ausländern (einschließlich Pendlern) getragen wurde.

Wenn man ein Arbeitsvolumen von gut 1.700 Stunden pro Person und Jahr zugrunde legt, würde dieser Rückgang des Gesamtarbeitsvolumens im Jahr 2009 jedenfalls einem gewaltigen Verlust an Arbeitsplätzen entsprechen: zwischen etwa 120.000 auf Basis der VGR-Zahlen und gut 170.000 auf Basis der Zahlen des Mikrozensus. Laut Hauptverband ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2009 jedoch nur

um 48.000 zurück (bei einem Anstieg der Zahl der geringfügig Beschäftigten im selben Jahr um 11.000). Die Differenz erklärt sich in erster Linie durch einen starken Rückgang der durchschnittlich pro Person und Jahr geleisteten Arbeitsstunden von 1.715 auf 1.644 von 2008 auf 2009. Während die Beschäftigung, wie bereits ausgeführt, ab 2010 wieder deutlich anstieg, blieb dieser Wert seither im Wesentlichen unverändert.

Die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden pro Woche sind bei den Vollzeitbeschäftigten um durchschnittlich 1,4 Stunden auf 36 Stunden und bei den Teilzeitbeschäftigten um etwas weniger als 1 Stunde auf 18,2 Stunden zurückgegangen.

3. Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials

Das (effektive) Arbeitskräftepotenzial ist hier definiert als die Summe aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und registrierten Arbeitslosen. Da die SchulungsteilnehmerInnen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, gehören sie definitionsgemäß nicht zum effektiven Arbeitskräftepotenzial. Wenn allerdings die Schulungsmaßnahmen aufgrund erhöhter Arbeitslosigkeit stärker erhöht werden, als dies dem langjährig üblichen Maß entsprechen würde, stellen sich die Dinge etwas anders dar. In den weiteren Ausführungen werden die SchulungsteilnehmerInnen dennoch – nicht zuletzt auch aus datentechnischen Gründen – nicht in die Darstellung aufgenommen; man sollte aber im Auge behalten, dass sich ihre Zahl im untersuchten Zeitraum auch um etwa 16.000 erhöht hat.

Im Jahresdurchschnitt 2012 erhöhte sich das Arbeitskräftepotenzial in Österreich gegenüber 2008 um gut 125.000 Personen oder 3,5% (siehe Tabelle 3), das Arbeitskräftepotenzial der Frauen um 74.000 (+4,5%) und das der Männer um gut 51.000 (+2,6%). Die höchsten Zuwächse fanden sich im Burgenland (+6,2%), in Tirol (+4,2%) und in Salzburg (+4,1%).

Bei den Männern waren die höchsten Zuwachsraten im Burgenland (+4,4%), in Salzburg (+3,3%), aber vor allem auch in Wien mit fast 17.000 (+3,9%) zu verzeichnen. Bei den Frauen lagen das Burgenland (+8,2%) und Vorarlberg (+6,5%) an der Spitze, aber auch Tirol (+5,7%), Oberösterreich (+5,2%) und Salzburg (+5,%) hatten überdurchschnittliche Zuwächse beim Arbeitskräftepotenzial der Frauen.

Von diesem starken Zuwachs des Arbeitskräftepotenzials entfiel lediglich ein Achtel (+16.600) auf Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, mit 108.600 entfiel aber der weitaus größte Teil auf AusländerInnen. Bei den inländischen Männern ging das Arbeitskräfteangebot sogar um 8.700 (–0,5%) zurück, während das Arbeitsangebot ausländischer Männer um 60.000 (+21%) zunahm. Bei den Frauen stieg das Arbeitskräfteangebot der Österreicherinnen um 25.300 (+1,7%) und das der Ausländ-

derinnen um 48.600 Personen (+25,7%). Das Arbeitskräfteangebot der österreichischen Männer war in allen Bundesländern mit Ausnahme von Tirol, Vorarlberg und Salzburg rückläufig; in diesen drei Bundesländern kam es noch zu geringen Zuwächsen zwischen 0,1% und 0,3%. Überdurchschnittliche Zuwächse beim Arbeitskräfteangebot inländischer Frauen gab es noch in Vorarlberg (+5,1%), in Tirol (+3,4%) sowie in Oberösterreich und dem Burgenland mit je 3,3%. In Wien ging das Arbeitskräfteangebot inländischer Frauen sowohl relativ (–0,9%) als auch absolut (–3.000) sogar stärker zurück als das der der inländischen Männer (–0,5% bzw. –1.700).

Da das Arbeitskräfteangebot mit +3,5% deutlich stärker zunahm als die Beschäftigung (+2,3%), stieg auch die Registerarbeitslosigkeit markant an – trotz der gestiegenen Schulungsmaßnahmen. Insgesamt gab es im Jahresdurchschnitt 2012 um 48.400 (+22,8%) mehr Arbeitslose als vor der Krise. Bei den AusländerInnen stieg die Arbeitslosenzahl um 18.600, das entspricht einer Zunahme um fast die Hälfte (+48,6%). Die Zahl der arbeitslosen Ausländer erhöhte sich um 10.500 (+44,8%) und die der arbeitslosen Ausländerinnen um 8.100 (+54,7%). In absoluten Zahlen stieg allerdings die Arbeitslosigkeit bei den InländerInnen stärker: Mit einem Zuwachs um 29.800 entfielen mehr als drei Fünftel des Anstiegs auf diese. Bei den Inländern stieg die Arbeitslosigkeit um 19.000 (+20,0%) und bei den Inländerinnen um 10.700 Personen (+13,6%).

4. Beschäftigungsentwicklung nach Wirtschaftsklassen

4.1 Sachgüterproduktion

Am stärksten war die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion von der Wirtschaftskrise betroffen (siehe Tabellen 4 und 5). Bis zum 2. Quartal 2010 waren hier zunächst fast 50.000 Arbeitsplätze von 602.300 im Jahresdurchschnitt 2008 verloren gegangen, und ein dauerhafter Verlust von bis zu 70.000 Arbeitsplätzen im weiteren Krisenverlauf wurde damals für wahrscheinlich gehalten. Im Sommer jenes Jahres setzte dann aber auch in diesem Sektor eine merkliche Erholung der Beschäftigung ein, die schnell an Dynamik gewann. Im Jahresdurchschnitt 2012 gab es dann wieder 583.300 Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion, und die anfänglichen Verluste hatten sich auf gut 19.000 reduziert. Über diese vier Jahre betrug somit der Verlust an (regulären) Arbeitsplätzen in der Sachgüterproduktion in Österreich insgesamt 3,2%. Nach den verfügbaren Daten dürfte die Zahl der Leiharbeiter in der Sachgüterproduktion im selben Zeitraum etwa 7.000 zugenommen haben. Die Bruttowertschöpfung lag 2012 um 3,5% höher als 2008 die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit um 3,9% niedriger.

Tabelle 3: Veränderung des Arbeitskräftepotenzials von 2008 bis 2012

Bundesland	Männer						Frauen					
	zusammen		Inländer		Ausländer		zusammen		Inländerinnen		Ausländerinnen	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Burgenland	2.360	4,4	–826	–1,9	3.186	35,3	3.727	8,2	1.337	3,3	2.390	53,4
Kärnten	741	0,6	–1.558	–1,4	2.299	18,9	3.590	3,5	1.623	1,7	1.967	26,0
Niederösterreich	7.286	2,2	–2.582	–0,9	9.868	22,6	9.780	3,6	3.877	1,6	5.903	26,2
Oberösterreich	7.771	2,2	–445	–0,1	8.216	20,7	14.405	5,2	8.438	3,3	5.967	28,1
Salzburg	4.268	3,3	58	0,1	4.210	19,9	5.872	5,1	2.204	2,2	3.668	22,6
Steiermark	5.771	2,1	–2.236	–0,9	8.007	31,5	8.928	3,9	3.739	1,8	5.189	35,3
Tirol	4.901	2,9	385	0,3	4.516	16,7	8.228	5,7	4.186	3,4	4.042	19,2
Vorarlberg	1.383	1,6	225	0,3	1.158	6,2	4.461	6,5	2.909	5,1	1.552	13,3
Wien	16.886	3,9	–1.720	–0,5	18.606	20,9	14.867	3,7	–3.009	–0,9	17.876	25,6
Österreich	51.367	2,6	–8.699	–0,5	60.066	21,0	73.858	4,5	25.304	1,7	48.554	25,7

Bundesland	Gesamt					
	zusammen		InländerInnen		AusländerInnen	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Burgenland	6.087	6,2	511	0,6	5.576	41,3
Kärnten	4.331	1,9	65	0,0	4.266	21,6
Niederösterreich	17.066	2,8	1.295	0,2	15.771	23,8
Oberösterreich	22.176	3,6	7.993	1,4	14.183	23,3
Salzburg	10.140	4,1	2.262	1,1	7.878	21,1
Steiermark	14.699	2,9	1.503	0,3	13.196	32,9
Tirol	13.129	4,2	4.571	1,7	8.558	17,8
Vorarlberg	5.844	3,8	3.134	2,6	2.710	8,9
Wien	31.753	3,8	–4.729	–0,7	36.482	22,9
Österreich	125.225	3,5	16.605	0,5	108.620	22,9

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

Tabelle 4: Beschäftigungsentwicklung in der Sachgüterproduktion nach Bundesländern 2008-2012

Wirtschaftsbereich	2008	2012	Differenz 2008-2012	
			absolut	in %
Österreich	602.340	583.285	–19.055	–3,2
Burgenland	14.920	14.802	–118	–0,8
Kärnten	36.496	35.045	–1.451	–4,0
Niederösterreich	106.366	101.112	–5.255	–4,9
Oberösterreich	154.841	156.345	1.504	1,0
Salzburg	36.184	35.393	–790	–2,2
Steiermark	104.133	99.259	–4.874	–4,7
Tirol	50.899	48.672	–2.227	–4,4
Vorarlberg	37.844	38.695	851	2,2
Wien	60.657	53.964	–6.694	–11,0

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

Dahinter stehen allerdings durchaus heterogene Entwicklungen in den Bundesländern (siehe Tabelle 4). In Oberösterreich und Vorarlberg gab es gegenüber dem Vorkrisenniveau sogar Beschäftigungszuwächse: In Oberösterreich wuchs die Zahl der Beschäftigten in der Sachgüterproduktion im Jahresdurchschnitt 2012 gegenüber 2008 um 1% oder 1.500 und in Vorarlberg sogar um 2,2% was dort 850 Beschäftigten entspricht. Die größten Verluste gab es in Wien, sowohl prozentuell (–11%) als auch in absoluten Zahlen –7.000). 2012 fanden sich in Wien nur noch knapp 54.000 Beschäftigte in der Sachgüterproduktion. Verluste in der Größenordnung zwischen 4% und 5% fanden sich auch in Kärnten, Tirol, der Steiermark und Niederösterreich, wo in Summe 13.800 Beschäftigungsverhältnisse verloren gingen. Das Burgenland und Salzburg lagen mit –0,8% bzw. –2,2% (zusammen –900) unter dem Bundesländerdurchschnitt.

Die Beschäftigungsverluste in der österreichischen Sachgüterproduktion erstreckten sich auf nahezu alle Zweisteller. Geringe Zuwächse von unter 2% gab es in der Nahrungsmittelerzeugung, in der Herstellung von chemischen Erzeugnissen, im Maschinenbau und in der Herstellung von elektrischen Erzeugnissen. Größere prozentuelle Beschäftigungsgewinne gab es lediglich in der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen und bei der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren mit +9,2% bzw. +4,3%. Insgesamt ergaben sich somit im Verlauf der letzten vier Jahre Verluste von 24.100 Beschäftigungsverhältnissen in den schrumpfenden Branchen der Sachgüterproduktion, denen 5.100 zusätzliche Beschäftigte in expandierenden Branchen gegenüberstanden.

Tabelle 5: Beschäftigungsentwicklung nach ÖNACE-2008-Abschnitten 2008-2012

Wirtschaftsbereich	2008	2012	Differenz 2008-2012	
			absolut	in %
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	18.897	20.577	1.680	8,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	6.100	5.668	–432	–7,1
Herstellung von Waren	602.340	583.285	–19.055	–3,2
Energieversorgung	26.795	26.668	–127	–0,5
Wasserversorgung; Abfallentsorgung	13.861	14.537	676	4,9
Bau	247.112	248.066	954	0,4
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	511.435	525.227	13.792	2,7
Verkehr und Lagerei	193.230	182.793	–10.437	–5,4
Beherbergung und Gastronomie	177.461	191.606	14.145	8,0
Information und Kommunikation	71.015	77.963	6.948	9,8
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	120.591	117.986	–2.605	–2,2
Grundstücks- und Wohungswesen	40.952	40.794	–158	–0,4
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	140.163	155.330	15.167	10,8
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	172.872	184.735	11.863	6,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvesicherung	521.153	540.810	19.657	3,8
Erziehung und Unterricht	82.106	96.495	14.389	17,5
Gesundheits- und Sozialwesen	214.881	230.966	16.085	7,5
Kunst, Unterhaltung und Erholung	31.028	34.920	3.892	12,5
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	84.897	87.300	2.403	2,8
Private Haushalte mit Hauspersonal; Eigenbedarf	3.160	3.020	–140	–4,4
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	653	647	–6	–0,9
Sonstige	107.916	96.062	–11.854	–11,0
Insgesamt	**3.388.618**	**3.465.455**	**76.837**	**2,3**

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

4.2 Bauwesen

Das Bauwesen hatte bis zum Jahr 2012 hinsichtlich der Beschäftigung in etwa wieder das Vorkrisenniveau erreicht und lag zuletzt mit 248.000 Beschäftigten um etwa 1.000 höher. Das steht in starkem Gegensatz zur Entwicklung der Wertschöpfung, die 2012 noch immer um 11,3% unter dem Niveau von 2008 lag. Es kam jedoch zu Beschäftigungsverlusten sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau, die allerdings durch Beschäftigungsgewinne im Ausbaugewerbe (+6.200 bzw. 4,2%) mehr als wettgemacht werden konnten. Die Verlagerung der Beschäftigung in arbeitsintensivere Bereiche dürfte das Auseinanderklaffen von Beschäftigungsentwicklung und Wertschöpfungsentwicklung zumindest teilweise erklären, aber auch die durchschnittliche Arbeitszeit ging um 4% zurück.

4.3 Dienstleistungssektor

Im Bereich Verkehr und Lagerei kam es nahezu während des gesamten Beobachtungszeitraums zu Beschäftigungsverlusten. Eine kurzzeitige Erholung gab es lediglich von August 2011 bis April 2012. Gegenüber dem Ausgangswert von 193.200 im Jahr 2008 kam es bis 2012 zu kumulierten Beschäftigungsverlusten von 10.400 (–5,4%). Die Beschäftigungsverluste fielen somit deutlich moderater aus als der Wertschöpfungsrückgang um 10,9%. Arbeitsplatzverluste im Bereich Verkehr und Lagerei hatten alle Bundesländer, aber die quantitativ bedeutendsten fanden sich in Oberösterreich (–2.456), in Wien (–2.366) und in Niederösterreich (–2.366). Auf der Ebene der Zweisteller fielen die Beschäftigungsverluste bei den Post- und Kurierdienstleistungen mit –3.400 (–12%) am meisten ins Gewicht, gefolgt von der Lagerei mit – 2.800 (–5,5%) und vom Landverkehr mit –2.400 (–2,3%). In der Luftfahrt gingen knapp 1.800 oder ein Fünftel der Beschäftigungsverhältnisse verloren.

Eher erstaunlich ist der Beschäftigungsrückgang um 3.451 (–2,9%) im Gesundheitswesen auf 117.300 im Jahr 2012. In den Krankenhäusern beklagen sich die Beschäftigten seit Jahren immer lauter über die zunehmend schwieriger werdenden Arbeitsbedingungen und über tägliche Überlastungszustände bzw. *Burnout*-Gefahren. Gegenüber dem Jahr 2008 ging die Beschäftigung hier im Jahresdurchschnitt 2012 um mehr als 9.000 zurück; dies entspricht einer Reduktion um 14,3% bzw. einem Siebentel. Ein Anstieg der Beschäftigung im niedergelassenen Bereich konnte allerdings nur in deutlich geringerem Maße festgestellt werden: Bei den Allgemeinmedizinern gab es überhaupt nur 180 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse, und bei den Facharztpraxen nahm die Beschäftigung um gut 2.000 zu, wovon knapp 700 auf die Zahnarztpraxen entfiel. Ein Teil dieses Beschäftigungsrückgangs erklärt sich allerdings durch die Umwandlung von Akutbetten in Pflegebetten. Der Anstieg der Beschäftigung in Pflegeheimen fiel aber deutlich geringer aus. Bei der Interpretation muss man jedoch auch berücksichtigen, dass es immer wieder zu Umbuchungen zwischen Gesundheitswesen und öffentlicher Verwaltung kommt.

Unter den wachsenden Wirtschaftsbereichen entfiel der quantitativ bedeutendste Teil auf die öffentliche Verwaltung, wo die Beschäftigung um 19.700 (+3,8%) zunahm. Davon müssten allerdings knapp 6.900 eigentlich dem Gesundheitswesen bzw. dem Bildungswesen zugeordnet werden; eine Aufteilung ist jedoch aufgrund der Datenlage kaum möglich. Der auf die Krankenhäuser entfallende Teil dieses Zuwachses wird jedoch die dort aufgetretenen Beschäftigungsrückgänge kaum ausgleichen.

Der Beschäftigungszuwachs im Sozialwesen war mit 19.500 in absoluten Zahlen fast genauso groß wie in der öffentlichen Verwaltung (+21,8%). In den Pflegeheimen nahm die Beschäftigung um 3.800 oder fast zwei

Drittel zu und in den Alten- und Behindertenheimen um 2.300 (+14,0%). Im Bereich der sozialen Betreuung von alten und behinderten Menschen gab es ein Plus von knapp 3.000 (+17,2%).

Im Unterrichtswesen wuchs die Beschäftigung um 14.400 (+17,5%). Auf der Ebene der (aussagekräftigen) Viersteller entfielen knapp 7.500 (+17,3%) auf das tertiäre Bildungswesen, gefolgt vom Bereich Kindergärten und Vorschulen mit einem Beschäftigungsplus von 2.100, was einer Zunahme um mehr als ein Drittel entspricht.

Im Handel wuchs die Beschäftigung um 13.800 (+2,7%), wovon auf den Einzelhandel 14.100 (+5,3%) entfielen. Einer eher bescheidenen Wertschöpfungsentwicklung seit 2008 (+1,1%) stand eine deutliche Reduktion der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit um fast 5% gegenüber. Im Großhandel gingen hingegen knapp 700 Arbeitsplätze verloren, der KfZ-Handel war mit +350 Beschäftigungsverhältnissen praktisch stabil.

Der Tourismus war ebenfalls ein Beschäftigungsmotor: Von 14.100 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Jahresdurchschnitt 2012 (+8%) entfielen 10.400 (+10,7%) auf die Gastronomie und 3.800 (+4,7%) auf die Hotellerie. Dieser große Beschäftigungszuwachs steht einem eher geringen Zuwachs der Wertschöpfung von 2% gegenüber. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ging im Bereich Beherbergung und Gastronomie während der Krise um 5,4% zurück.

Bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen stieg die Beschäftigung um 15.200 (+10,8%). Auf den Bereich Unternehmensberatung und Unternehmensführung bzw. -verwaltung entfielen mit über 7.000 (+23,1%) die meisten zusätzlichen Beschäftigten in dieser Wirtschaftsklasse, gefolgt von der Rechts- und Steuerberatung mit einem Beschäftigungszuwachs von gut 3.000 (+8,6%).

Bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen kam es zu einem Beschäftigungswachstum um 11.900 (+6,9%), wobei die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften (+5.730 bzw. +7,5%) und die Gebäudebetreuung plus (+4.500 bzw. +8,1%) den Großteil der Zuwächse ausmachten. Die Leiharbeit, welche von der Finanz- und Wirtschaftskrise als erste (und prozentuell auch am stärksten) betroffen wurde, erreichte somit ihr Vorkrisenniveau bald wieder und übertraf es 2012 auch. Der größere Teil der Leiharbeit wird in der Sachgüterproduktion eingesetzt; auch wenn man dem Ersatz regulärer Beschäftigter durch Leiharbeiter zu Recht skeptisch gegenübersteht, muss doch der Anstieg der Leiharbeit hinsichtlich der Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion ins Kalkül einbezogen werden. Die Verluste fallen somit noch etwas geringer aus, als weiter oben errechnet.

Die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen entsprechen zusammen mit gewissen Unschärfen in etwa den unternehmensbezogenen Dienstleistungen der alten Wirtschaftsklassensystematik. Zusam-

mengenommen wuchs in diesen beiden Wirtschaftsklassen die Beschäftigung gegenüber dem Vorkrisenniveau um gut 27.000. Damit sind die „unternehmensbezogenen Dienstleistungen" wie auch schon in der mittleren Vergangenheit der wichtigste Motor für das Beschäftigungswachstum in Österreich. Im Jahresdurchschnitt 2012 arbeiteten hier zusammen 340.000 Menschen.

Prozentuell lag das Beschäftigungswachstum im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung mit 12,5% deutlich über dem Gesamtschnitt. Insgesamt ist dieser Bereich jedoch eher klein; die Beschäftigung wuchs um 3.900 auf knapp 35.000.

Die Beschäftigung im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen nahm um 2.600 (–2,2%) ab; hier fanden sich im Jahresdurchschnitt noch 118.000 Beschäftigte.

5. Beschäftigung nach Altersgruppen

In diesem und dem folgenden Kapitel liegen der Auswertung beschäftigte Personen zugrunde, im Gegensatz zu den Beschäftigungsverhältnissen, welche bisher untersucht wurden. Die Quelle ist in beiden Fällen die gleiche (Beschäftigtendaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger), aber das Auswertungskonzept ist anders. Untersucht werden Beschäftigte in den Altersgruppen zwischen 15 und 65 Jahren. Die Zahl der beschäftigten Personen ist gegenüber 2008 mit 91.500 sogar stärker gestiegen als die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse (siehe Tabelle 6).

Die Ausländerbeschäftigung ist in allen Fünfjahres-Altersgruppen (wenn auch in unterschiedlichem Maße) gestiegen. Dadurch sind vor allem bei den jungen Erwachsenen die erwarteten Beschäftigungsrückgänge bisher ausgeblieben. Bei den Älteren ist es in erster Linie die Altersentwicklung der Babyboomgeneration, die das Bild prägt. Bei den unter 20-Jährigen kam es zu einem Rückgang der Beschäftigung um 15.300 (–9,8%). Bei den jungen Erwachsenen bis 35 Jahren gab es noch moderate Beschäftigungsgewinne von insgesamt knapp 30.000. In der Altersgruppe 35 bis 45 Jahre ging die Zahl der Beschäftigten um 78.200 stark zurück. Dies ist aber durch die demografische Entwicklung bedingt. Während die Bevölkerung in diesen Altersgruppen stark zurückging, stieg der Beschäftigtenanteil[5] hier sogar leicht an. Die größten Beschäftigungszuwächse gab es bei den über 45-Jährigen: +41.000 bei den 45- bis 49-Jährigen, +67.000 bei den 50- bis 54-Jährigen und +43.000 bei den 55- bis 59-Jährigen. Das ist einerseits auf das demografisch bedingte starke Anwachsen der Bevölkerung in diesen Altersgruppen zurückzuführen, aber es sind auch die Beschäftigtenanteile gestiegen. Der Beschäftigtenanteil der 55-bis 59-Jäh-

Tabelle 6: Entwicklung von Bevölkerung und Beschäftigung nach Altersgruppen 2008-2012

Altersgruppe	2008			2012			Differenz	
	Bevölkerung (Tsd.)	Beschäftigte (Tsd.)	Beschäftigten-anteil %	Bevölkerung (Tsd.)	Beschäftigte (Tsd.)	Beschäftigten-anteil %	Beschäftigte (%)	Beschäftigten-anteil %
15 bis 19 Jahre	501,1	178,3	35,6	485,7	160,9	33,1	–17,5	–2,5
20 bis 24 Jahre	519,6	307,7	59,2	534,8	308,9	57,8	1,2	–1,5
25 bis 29 Jahre	545,6	362,6	66,5	553,7	373,7	67,5	11,1	1,0
30 bis 34 Jahre	539,1	361,0	67,0	551,6	378,0	68,5	17,0	1,6
35 bis 39 Jahre	640,7	443,0	69,1	559,6	392,9	70,2	–50,1	1,1
40 bis 44 Jahre	715,3	507,0	70,9	667,8	479,0	71,7	–28,0	0,8
45 bis 49 Jahre	671,5	465,0	69,2	715,1	505,6	70,7	40,6	1,5
50 bis 54 Jahre	561,5	353,7	63,0	643,1	420,8	65,4	67,1	2,4
55 bis 59 Jahre	491,9	206,9	42,1	531,7	250,0	47,0	43,1	5,0
60 bis 64 Jahre	442,6	42,4	9,6	477,6	49,3	10,3	6,9	0,8
Gesamt	5.629,1	3.227,8	57,3	5.720,7	3.319,1	58,0	91,3	0,7

Quelle: Statistik Austria, Arbeitsmarktdatenbank; eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

rigen stieg sogar um 5 Prozentpunkte auf 47% im Jahr 2012. Bei den 60- bis 64-Jährigen stieg die Beschäftigtenzahl um knapp 7.000 und der Beschäftigtenanteil um 0,8 Prozentpunkte.

5.1 In welchen Branchen arbeiten die Älteren?

Im Jahresdurchschnitt 2012 waren in Österreich 731.000 Personen beschäftigt, die 50 Jahre oder älter waren (Tabelle 6). Das waren knapp 22% der Beschäftigten und 120.000 mehr als noch im Jahr 2008. In dem Jahr betrug der Beschäftigtenanteil der über 50-Jährigen noch knapp 19%.

Erwartungsgemäß waren mit 179.200 in der öffentlichen Verwaltung die meisten Älteren beschäftigt; hier lagen die Älteren mit 33,4% auch anteilsmäßig am höchsten, wenn man von den privaten Haushalten und den exterritorialen Organisationen einmal absieht, wo die Anteile jeweils über 40% lagen; aber diese beiden Wirtschaftsklassen fallen zahlenmäßig für die Beschäftigung in Österreich nicht ins Gewicht. An zweiter Stelle folgt bereits die Sachgüterproduktion mit 117.300 Älteren und einem Anteil von 20,1%. 91.600 Ältere waren im Handel beschäftigt, hier betrug der Anteil mit 17,6% jedoch schon 4,4 Prozentpunkte weniger als im Gesamtschnitt. Eher weniger Ältere beschäftigt auch der Tourismus: 15,4% oder knapp 30.000 Personen. Der geringste Anteil Älterer findet sich im Bereich Information und Kommunikation mit 13,1%. Erwartungsgemäß liegt das Bau-

wesen aufgrund der belastenden Arbeitsbedingungen auf vielen Arbeitsplätzen der Branche unter dem Durchschnitt über alle Branchen (18,2% oder 44.800 Beschäftigte). Dass der Anteil Älterer im Bauwesen höher ist als im Tourismus und auch höher als im Einzelhandel, deckt sich allerdings nicht mit diesen Erwartungen. Auch die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen gehört mit einem Anteil Älterer von 15,9% eher zu den „jüngeren" Branchen.

Auch die Veränderung des Älterenanteils gegenüber 2008 fiel bei den „jüngeren" Branchen geringer aus: Während er insgesamt um 3,1 Prozentpunkte zunahm, lagen die Zuwächse hier zwischen 1,4 und 2,2 Prozentpunkten.

Es fand sich aber auf der Ebene der Einsteller keine Wirtschaftsklasse, wo die Zahl der älteren Beschäftigten anteilsmäßig abnahm.

6. Fluktuationen auf den österreichischen Arbeitsmarkt

Wenn man die wichtigsten Kennzahlen des Arbeitsmarktes über kurze oder mittlere Zeiträume vergleicht, sind die Nettoveränderungen meist relativ klein. Veränderungen der Gesamtbeschäftigung von mehr als 1% bis 2% sind eher selten. Nicht wenige Beobachter und Kommentatoren ziehen daraus Schlussfolgerungen, welche darauf hinauslaufen, dass das Arbeitsmarktgeschehen eine eher unflexible Angelegenheit sei. Einzelne Autoren weisen schon seit langer Zeit immer wieder darauf hin, dass diese Saldenveränderungen die tatsächliche Dynamik der Arbeitsmärkte eher verschleiern.[6]

Diese eher geringen Veränderungen der Salden sind auch in Österreich das Ergebnis enormer Bruttofluktuationen auf dem Arbeitsmarkt. Hinter den knapp 3,5 Mio. Beschäftigungsverhältnissen im Jahresdurchschnitt 2012 verbergen sich 1,66 Mio. Aufnahmen von Beschäftigung und 1,62 Mio. Beendigungen von Beschäftigung im selben Jahr.

Wenn man die 1,62 Mio. Beendigungen von Beschäftigungsverhältnissen des Jahres 2012 näher untersucht, so zeigt sich, dass 285.000 Beendigungen unmittelbar in ein neues unselbstständiges Beschäftigungsverhältnis führten; diese Direktwechsel machten 17,5% aller Beendigungen aus. Knapp 39.000 Beendigungen führten zur direkten Aufnahme einer selbstständigen Beschäftigung (2,4%). 452.000 Übergänge (27,8%) führten in die registrierte Arbeitslosigkeit, und die Übergänge in die Nichterwerbstätigkeit betrugen 849.000 oder mehr als die Hälfte. Wobei Nichterwerbstätigkeit hier bedeutet: keine Erwerbstätigkeit in Österreich. Personen, die nachher in einem anderen Land einen Arbeitsplatz finden, werden auch zu dieser Gruppe gezählt.

Der Beschäftigungsrückgang des Jahres 2009 betraf nicht nur Men-

schen, die z. B. ihre Arbeit verloren, sondern er war das Ergebnis von Veränderungen in allen Unterposten der Darstellung:

Die Zahl der Beendigungen von Beschäftigungsverhältnissen war 2009 gegenüber dem Vorjahr sogar rückläufig (–56.800). Vor allem die Direktwechsel gingen zurück, Direktwechsel in eine andere unselbstständige Beschäftigung nahmen um knapp 68.000 ab und die Direktwechsel in selbstständige Beschäftigung um 2.000. Wechsel in die Nichterwerbstätigkeit gingen um knapp 24.000 zurück. Gestiegen waren allerdings die Wechsel in die registrierte Arbeitslosigkeit (+36.400).

Der Beschäftigungsrückgang kam in erster Linie dadurch zustande, dass die Zahl der Aufnahmen von Beschäftigungsverhältnissen noch stärker zurückging. Für die Saldenveränderungen sind selbstverständlich auch die zeitlichen Muster von Bedeutung; diese sollen hier aber nicht näher untersucht werden. Sehr bemerkenswert ist, dass die Zahl der Beschäftigungsaufnahmen aus der Arbeitslosigkeit im Krisenjahr 2009 sogar um 21.200 höher war als im Jahr davor, was allerdings nicht ausreichte, um den Anstieg in der Gegenrichtung auszugleichen. Es gibt die Theorie, dass der Arbeitsmarkt in der Krise effizienter funktioniert, weil der gewachsene Pool der Arbeitslosen auch die Einstellungen erleichtert.[7]

Mit –70.200 fand sich der stärkste Rückgang bei den Beschäftigungsaufnahmen aus der Nichterwerbstätigkeit. Damit ist diese Reserveposition (um den zwar vage, aber doch definierten Begriff der stillen Reserve zu vermeiden) einer der entscheidenden Faktoren der österreichischen Arbeitsmarktflexibilität. Nach diesen Zahlen wäre er sogar der Wichtigste, aber ohne den in Personenjahre umgerechneten Einfluss von Variationen in den Dauermustern berechnet zu haben, wäre dies Urteil verfrüht.

Die Umverteilung der Arbeit (bzw. des Arbeitsvolumens) auf mehr Köpfe kann einerseits durch die Arbeitszeit erfolgen. In Österreich gibt es seit Jahren einen steigenden Anteil der Teilzeitbeschäftigung.

Andererseits kann sich aber auch der Personenumschlag bzw. die Rotationsrate des Beschäftigungssystems erhöhen. Diese(r) ist definiert als Verhältnis der Gesamtzahl der in einem Zeitraum beschäftigten Personen und dem Jahresdurchschnittsbestand der Beschäftigung. Dieser kann entweder durch den Mittelwert aus zwölf Stichtagsbeständen geschätzt oder aber durch eine taggenaue Erfassung aller Beschäftigungsepisoden errechnet werden. Als Ergebnis hat man dann die Beschäftigung beispielsweise eines Jahres in Personenjahren bzw. Ganzjahresanmeldeäquivalenten.

Gegenüber dem Jahr 2008 hat sich die Zahl der (im Laufe des Jahres zumindest kurzfristig beschäftigten Personen) mit 151.300 deutlich stärker erhöht als der Jahresdurchschnitt. Auch ohne Berücksichtigung der geringfügigen Beschäftigung hat sich der Personenumschlag von 1,146 im Jahre 2008 auf 1,164 im Jahr 2012 erhöht.

7. Beschäftigungsentwicklung nach Verdienstmöglichkeiten

Bei der Analyse von neu geschaffenen und verlorengegangenen Arbeitsplätzen ist natürlich auch die Frage von Interesse, wie sich die Veränderung auf die Verdienstmöglichkeiten auf dem österreichischen Arbeitsmarkt auswirkt. Aus der jährlichen Publikation der beitragspflichtigen Einkommen durch den Hauptverband der Sozialversicherungsträger kann man in dieser Hinsicht zumindest einen Eindruck gewinnen. Gegenüber einer idealerweise für diesen Zweck zu verwendenden Arbeitsmarktgesamtrechnung (der Unselbstständigen) weist diese Statistik aber eine Reihe von Einschränkungen auf, welche bei der Interpretation berücksichtigt werden muss. Der Personenkreis umfasst nicht die Gesamtheit der unselbstständig beschäftigten Personen eines Jahres, weil Beamte, Lehrlinge und Beschäftigungen unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze nicht berücksichtigt werden. Einkommen wiederum werden nur bis zur aktuellen Höchstbeitragsgrundlage erfasst. Diese Faktoren wirken sich insbesondere bei den Berechnungen der verschiedenen Durchschnittseinkommen, aber auch bei den durchschnittlichen Beschäftigungsdauern der Personengruppen aus – vor allem Beamte haben eine deutlich höhere durchschnittliche Beschäftigungsdauer als die meisten anderen Unselbstständigen. Auf Basis dieser Statistik betrug das durchschnittliche Monatseinkommen (auf Basis einer angenommen dreißigtägigen Beschäftigung unter anteilsmäßiger Einrechnung der Sonderzahlungen) im Jahr 2012 für den Durchschnitt aller Beschäftigten 2.505 € bzw. 7,5% mehr als im Jahr 2008.

In Wirtschaftsklassen mit abnehmender Beschäftigung gingen zwischen 2008 und 2012 knapp 45.000 Arbeitsplätze verloren. Davon entfiel etwa die Hälfte auf Wirtschaftsklassen mit überdurchschnittlicher Bezahlung, darunter vor allem die Sachgüterproduktion und die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Bei der Hälfte mit unterdurchschnittlicher Bezahlung war Verkehr und Lagerei zahlenmäßig am bedeutendsten. Hier findet sich allerdings auch der Posten „Wirtschaftsklasse unbekannt“, der aufgrund immer besserer Zuordnungsmöglichkeiten laufend abnimmt. Von den hier angefallenen fast 12.000 Beschäftigungsverhältnissen weniger wird sich der größere Teil inzwischen in anderen Wirtschaftsklassen als Zuwachs wiederfinden.

In den wachsenden Wirtschaftsklassen nahm die Beschäftigung um knapp 121.700 zu. Davon entfielen 43.400 Arbeitsplätze auf Branchen mit überdurchschnittlicher Bezahlung und 78.200 auf Branchen mit unterdurchschnittlicher Bezahlung. Stark wachsende Wirtschaftsklassen mit überdurchschnittlicher Bezahlung waren vor allem die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, Information und Kommunikation, aber auch die öffentliche Verwaltung. Stark

wachsende Branchen mit unterdurchschnittlicher Bezahlung waren der Tourismus, der Handel und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, aber auch das Gesundheitswesen und das Unterrichtswesen bzw. die jeweiligen Beschäftigtengruppen, welche in diesen Wirtschaftsklassen erfasst werden. Ohne Berücksichtigung der genauen Abstände bei den Verdienstmöglichkeiten in den einzelnen Wirtschaftsklassen und auch ohne Einbeziehung der mitunter deutlichen Unterschiede in den durchschnittlichen Beschäftigungsdauern kann man sagen, dass lediglich ein gutes Viertel (+27,5%) des saldenmäßigen Beschäftigungszuwachses gegenüber 2008 auf Arbeitsplätze mit überdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten entfiel.

8. Ausblick

Nach der letzten mittelfristigen Beschäftigungsprognose[8] erwartet das WIFO eine Zunahme der Beschäftigung bis 2016 um 25.000 bis 30.000 pro Jahr. In Anbetracht der weiterhin zu erwartenden starken Zuwanderung wird das nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit merklich zu reduzieren. Die quantitativ bedeutendsten Zuwächse werden für das Gesundheits- und Sozialwesen, das Unterrichtswesen, die Personalüberlassung und den Einzelhandel erwartet. Hier sollen sich die Beschäftigungsgewinne bis 2016 jeweils auf mehr als 20.000 kumulieren, im Gesundheits- und Sozialwesen sogar auf fast 60.000. Weitere bedeutende Beschäftigungsgewinne von 10.000 und mehr werden für die Bereiche Beratung und Marketing, für Forschung und freiberufliche technische Tätigkeiten und für den Tourismus erwartet. Diese Ergebnisse einer Modellrechnung sind weitestgehend plausibel und entsprechen auch den Wachstumsmustern der letzten Jahre. Die Ergebnisse für den Einzelhandel, wo ein Beschäftigungszuwachs in der Größenordnung von 23.000 erwartet wird, sind allerdings mit Vorsicht zu genießen. Es sind zwar in den Beschäftigungszahlen des stationären Einzelhandels bisher noch keine Auswirkungen der zunehmenden Konkurrenz durch den Internethandel festzustellen, aber manche Handelsexperten erwarten dies für die nähere Zukunft. Die Szenarien gehen bis hin zu einem weitgehenden Absterben des Handels in der bisher bekannten Form außerhalb der hochfrequentierten Bestlagen, aber eine zumindest schleichende Erosion wird von vielen erwartet.

Die Autoren schätzen, dass bis zu zwei Drittel des Beschäftigungszuwachses bis 2016 auf Teilzeitarbeitskräfte entfallen werden. Wenn man den Zeitraum von 2008 bis 2012 als Vergleich heranzieht, trifft diese Einschätzung fast punktgenau. In der Finanz- und Wirtschaftskrise reduzierte sich allerdings zwischen 2008 und 2010 ausschließlich (netto) die Zahl der

Vollzeitbeschäftigten, während die Teilzeitbeschäftigung weiter anstieg. Davon abgesehen lag in vielen Jahren seit 2004 laut Mikrozensus der Anteil der Vollzeitbeschäftigung am Beschäftigungszuwachs teils deutlich höher als ein Drittel. Darüber hinaus beinhalten die Zahlen des Mikrozensus immer auch die geringfügige Beschäftigung (welche nicht Gegenstand dieses Artikels ist und auch nicht in der Prognose berechnet wurde). Der Teilzeitanteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist etwas geringer, da die geringfügige Beschäftigung zum weit überwiegenden Teil Teilzeit ist. Wenn man davon absieht, dass über das Erwerbsverhalten der künftigen Zuwanderer und Pendler noch sehr wenig bekannt ist – diese Personengruppe wird den größten Teil der neuen Arbeitsplätze besetzen –, könnte der Anteil der Vollzeitbeschäftigten auch höher als ein Drittel liegen.

Erwerbstätige, die auf mehreren nationalen Arbeitsmärkten aktiv sind, werden in Zukunft zahlenmäßig weiter an Bedeutung gewinnen. Hier liegen ganz neue Herausforderungen für die Arbeitsmarktforschung. Da diese Personen in den verfügbaren Statistiken nur mit einem Teil ihrer Aktivitäten (und ihrer Einkommen) sichtbar sind, wird die Zahl der kuriosen und schwer interpretierbaren Erwerbsmuster jedenfalls weiter zunehmen.

Anmerkungen

1 Sofern nicht ausdrücklich anders erwähnt, behandelt dieser Artikel immer die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze.
2 Quelle: AMECO-Datenbank, Stand August 2013, Zahlen nach dem Labour-Force-Konzept.
3 Leoni, Marterbauer, Tockner (2011).
4 Siehe hierzu Chalupa, Knittler (2013)
5 Beschäftigtenanteil ist hier der Anteil der unselbstständig beschäftigten Personen an der Bevölkerung gleichen Alters.
6 Schettkat (1996), Schmitzberger (2011).
7 Schettkat (1996).
8 Horvath, Kratena und Mahringer (2012).

Literatur

Chalupka, Johannes; Knittler, Käthe, Erwerbstätige in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Mikrozensus, in: Statistische Nachrichten 3 (2013).
Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Verteilung der beitragspflichtigen Arbeitseinkommen 2008 (Wien 2009).
Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Verteilung der beitragspflichtigen Arbeitseinkommen 2008 bis 2012 (Wien 2009 bis 2013).
Horvath, Thomas; Kratena, Kurt; Mahringer, Helmut, Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich, in: WIFO Monatsberichte 9 (2012).
Knittler, Käthe, Vollzeitäquivalente in der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, in: Statistische Nachrichten 11 (2011).

Leoni, Thomas; Marterbauer, Markus; Tockner, Lukas, Die stabilisierende Wirkung der Sozialpolitik in der Finanzmarktkrise, in: WIFO Monatsberichte 3 (2011).
Schettkat, Ronald; et al., The flow analysis of Labour Markets (London und New York 1996).
Schmitzberger, Franz, Auswertungskonzepte und Indikatoren der Arbeitslosigkeit (Wien 2011).
Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebungen für 2008 bis 2012 (Wien 2009 bis 2013).
WIFO, Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Teilstudie 2, Wachstum und Beschäftigung in Europa seit 1995 (Wien 2006).

Zusammenfassung

Verglichen mit den meisten anderen EU-Ländern hat der Arbeitsmarkt in Österreich die finanz- und Wirtschaftskrise relativ gut überstanden. Zu den Gründen dafür, dass Österreich diese schwere Krise eher gut bewältigen konnte, zählt einerseits, dass die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zur Dämpfung des konjunkturellen Abschwungs durch die Einführung der Kurzarbeit noch verstärkt werden konnte, andererseits aber auch die Durchführung einer Reihe von diskretionären konjunkturbelebenden Maßnahmen. Der Beschäftigungsaufschwung seit Mitte 2010 wurde auch davon mitgetragen, dass sich sowohl bei den Vollzeitbeschäftigten als auch bei den Teilzeitbeschäftigten die tatsächlich geleistete Arbeitszeit reduziert hat. Im Verlauf der Krise kam es aber auch zu Verschiebungen zwischen den Branchen: Lediglich ein gutes Viertel der zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse findet sich in Branchen mit überdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten. Gleichzeitig steigt – vor allem durch Zuwanderung – das Arbeitsangebot deutlich stärker als die Beschäftigung. Die seit der Jahresmitte 2011 wieder ansteigende Arbeitslosigkeit erreicht seither immer neue Rekordwerte, und eine Entspannung ist derzeit nicht in Sicht.